

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Buchdrucker: Sammlernummer 28 241.  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr bei ständiger Zugangnahme in Dresden oder durch die Post innerhalb M. 2200.—  
Einzelnummer M. 80,— Sonntagsausgabe M. 100,—  
Die üppige 10 mm breite Seite M. 20,— außerhalb Sachsen M. 250,— Sammler-  
ausgaben und Liebhaber unter Weisheit haben weitere Rabatte M. 15,—  
Voransichtliche Ausgabe ohne Voransichtung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Oelschläg & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Tremmer Nachr.“) zulässig. — Unterlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufslokal: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage

### Zwei neue Mordtaten der Ruhrräuber.

Ein Bergmann und ein Straßenbahnschaffner ermordet. — Die vollständige Kohlenblockade. — Beschließung eines deutschen Kohlentransports. — Die Regierung gegen die unerhörte Spekulationsmache.

#### Unglaubliche belgische Gewalttat auf der Straßenbahn.

Eisen, 2. Febr. Heute nachmittag fuhren zwei belgische Soldaten auf der Straßenbahnstrecke von Oberhausen nach Eisen-Börbeck. Die beiden Soldaten zeigten dem Schaffner Bons vor, auf die sie fahren wollten. Der Schaffner verlangte, daß sie Straßenbahnen hätten. Als die Soldaten sich weigerten, dem folge zu leisten, sollten sie abgeschossen werden. Darauf griffen die beiden an den Schubwaffen, verletzten den Schaffner schwer und töteten einen unbeteiligten Fahrgärt, nämlich den Schuhmacher Stockhorst. Die beiden belgischen Soldaten wurden von der Polizei festgenommen. (W. T. V.)

#### Der sechste Mord.

Eisen, 2. Febr. In Brechten, südwestlich Lünen, ist am Donnerstag abend der Bergmann und Schuldienstler Haumann von einem französischen Posten erschossen worden.

Zu der Erschießung erklärt die Besatzungsbehörde, daß Haumann „nach Art“ eines Betrunkenen läuft an den französischen Posten herangemacht habe. Dieser habe nach zweimaligem ergebäuteten Anrufe von seiner Waffe Gebrauch gemacht. Die Aussagen der deutschen Beugen belagern, daß Haumann, der wenige Minuten vor seiner Erschießung von zu Hause fortgegangen war, durchaus nicht gewesen sei. Auch haben die in der Nähe des Tatortes befindlichen Personen von einem Anrufe durch den französischen Posten nichts gehört. Der Amtmann Tildemann und der Landrat haben bei dem Kommandanten Prost wegen der Erschießung eingeklagen und um sofortige Abholung der Truppen gebeten. Der Amtmann ist wegen dieses Protests von den Franzosen verhaftet worden.

#### Die Kohlensperre um das Ruhrgebiet.

Eisen, 2. Febr. Die Sperre um das Ruhrgebiet scheint jetzt völlig durchgeführt zu sein. Auch das Koch im Norden, durch das gestern noch einige Blasen gebracht werden konnten, ist geschlossen. Die Rheinschifffahrt liegt völlig still. (W. T. V.)

Eisen, 2. Febr. Die Verkehrslage hat sich gegenüber gestern verschlechtert. Die Verbindung über Herdecke ist seit gestern abend unterbrochen, weil die Beamten sich geweigert haben, einen französischen Nevers zu unterschreiben, in dem sie sich verpflichten sollten, nur den französischen Befehlen zu gehorchen. Die Franzosen haben den Bahnhof besetzt. Das selbe gilt für Hengstey. Der Personen- und Güterverkehr nach Osten geht in Ordnung vor sich. Nur Kohlen-, Koks- und Beutzeile werden von den Franzosen zurückgehalten. Die militärische Nordstrecke über Buer-Nord-Herden-Meldinghausen-Lünen ist für den deutschen Verkehr nach wie vor gesperrt. Offenbar sind die Franzosen bemüht, die Strecke für den zweigleisigen Verkehr nutzbar zu machen. (W. T. V.)

### Deutschland bleibt fest.

#### Die Beurteilung der Ruhrlage im Schoße der Reichsregierung.

Berlin, 2. Febr. Die Reichsregierung wird ihren Widerstand gegen den Angriff im Ruhrrevier weiter organisieren; sie hat mit Genugtuung schließen, daß die bisher getroffenen Maßnahmen wirksam sind und die optimistische Stimmung im Ruhrgebiete wächst. Es mehren sich die Angaben, daß Frankreich Verhandlungen erwünscht. Die deutsche Regierung lehnt diese aber ab, so lange die widerrichtliche Besetzung andauert. Die Schaffung einer Sollgrenze im Osten wird als unangemäßiges Mittel empfunden; sie löst sich in der Praxis nicht durchführen.

#### Keine Behinderung der Lebensmittelzufuhr ins Ruhrgebiet.

Eisen, 2. Febr. Gegenüber den umlaufenden Gerüchten, daß Lebensmitteltransporte das befehlte Gebiet nicht erreichen, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Lebensmittelzufuhrungen für alle Stationen des befehlten Ruhrgebietes ungehindert einfahren und auch an ihren Bestimmungsort gelangen. (W. T. V.)

#### Gröner an die Eisenbahnpräsidenten.

Berlin, 2. Febr. Reichsverkehrsminister Gröner hat folgenden Erlass an die Eisenbahnpräsidenten ergehen lassen:

Bei allen Verhandlungen und Maßnahmen sind die von mir gegebenen Richtlinien vom 20. Januar unter keinen Umständen irgendeiner Beziehung abzuschrägen. Berufungen auf das Rheinlandabkommen ist unter Hinweis darauf entgegengesetzt, daß die jetzt verlangten Leistungen in ursächlichem Zusammenhang stehen mit dem rechtswidrigen Einbruch in das Ruhrgebiet. Das gilt auch, soweit die Anstellung fremden Personals in Frage kommt. Das darf mit unserem Willen aber gar mit unserer Hilfe unter keinen Umständen erfolgen. Die hohen Präsidien wollen sich kein vor Augen

#### Kohlenanhäufung auf den Halden.

Neukirchen, 2. Febr. Da die fiskalischen Gruben keine Möglichkeit haben, Kohle und Koks abzuladen, würden sie seit der Absicherung beides auf die Halden. (W. T. V.)

#### Ein Kohlenzug von französischen Posten beschossen.

Mülheim, 2. Febr. Ein ungeachtet des Verbots der Kohlenzufuhr nach dem unbesetzten Gebiet Deutschlands durch die Bahnstationen hingegen in Richtung Schwerte abfahrender Kohlenzug wurde von französischen Posten beschossen. Zur Erhöhung des Güterverkehrs nach dem unbesetzten Gebiet sind von den Besatzungstruppen die Schienen auf einigen Strecken durch Hemmung gesperrt worden. Zum Abtransport von Brennstoffen wurden am 30. Januar 2017 Wagen gestellt. Es fehlten 2022. Für heute sind 15 028 Wagen angefordert. Ein nach Darmstadt bestimmter Güterzug wurde gestern abend von französischen Soldaten auf der Station Venken festgesetzt und trotz eingerichteter Beschwerde bis jetzt nicht freigegangen. Auf der Station Bischöflich-Liebenau zwei Lokomotivführer gestern nachmittag ihre Maschinen auf die Drehscheibe laufen und gingen dann in das unbesetzte Gebiet.

#### Lahmlegung der Kohlentransporte nach dem Ausland.

Beschwerden Italiens, Hollands und der Schweiz. (Drahmelung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 2. Febr. Die Franzosen haben durch die Kohlensperre auch die deutschen Kohlenlieferungen nach Holland und der Schweiz nahezu restloslahmgelegt und besonders die für die Schweiz bestimmten Kohlfähne auf dem Rhein beschlagnahmt. Beim Auswärtigen Amt sind wegen dieser Maßnahmen Beschwerden der genannten Staaten eingelaufen.

#### Erfolgreicher Generalstreik in Dortmund.

Dortmund, 2. Febr. Der Amtmann Biehoff in Sodingen wurde von den Franzosen verhaftet, weil er sich geweigert hatte, Brot zu liefern, und weil er auch andere Befehle der Franzosen ignoriert hatte. Als Protest gegen diese Handlung traten heute moraten alle Leder-, Geschäftsfächer, und Wirtschaften, wie auch die Verwaltung, die Post usw. in einen Generalstreik ein, worauf der Verhaftete wieder freigesetzt wurde. (W. T. V.)

#### Der einzige Verräter.

Duisburg, 2. Febr. Der Zollinspektor Karl Jansen aus Duisburg, gegen den schon seit längerer Zeit ein Disziplinarverfahren schwelte, hat der belgischen Besatzungsbehörde die Bücher seines Zollamtes ausgehändigt. Gegen den Beamten ist sofort ein Verfahren wegen Landesverrates beim Reichsgericht eingeleitet worden.

#### Die selbstverständliche Nichtzahlung der Januar-Rate und die Repto.

Paris, 2. Febr. „Echo de Paris“ berichtet: Da die deutsche Regierung die am 31. v. M. fällige Zahlung von 500 Millionen Goldmark nicht geleistet hat, wird die Reparationskommission in ihrer nächsten Sitzung von der neuen Verfassung Deutschlands Kenntnis nehmen und sie den beteiligten Mächten notifizieren müssen. (W. T. V.)

#### Regierungsmahnahmen gegen die Katastrophen-Häusse an den Börsen.

Berlin, 2. Febr. Die Reichsregierung sieht auf dem Standpunkte, daß unsere wirtschaftliche Lage eine Katastrophenpolitik nicht bedingt, und erwägt ernsthaft Maßnahmen gegen die augenblickliche Devisenspekulation an den Börsen. Verstärkung der Devisenkontrolle und stärkere Zentralisierung des Devisenhandels sind vorgesehen. Eine Schließung der Börsen ist nicht beabsichtigt, doch soll die Spekulation des Privatbürgertums erschwert werden. Marktfürderaktionen lassen sich vorerst nicht bewerkstelligen. Die Hinausförderung des Dollars ist vielfach zur Spekulationsmache; so wurde der Dollar in Berlin kürzlich um 10 000 Pf. gestiegen an einem Tage, wo in Berlin nur 800 Dollar insgesamt umgelegt worden sind. Auch der zum Teil unbegründeten Verlierung der Lebensmittel, die vielfach mit dem Dollarhandel in keinem Zusammenhang steht, soll reichsrechtlich entgegengesetzt werden.

**Dollar (Amtlich): 39 800**

Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 39000

#### Im Zwischenakt der sächsischen Regierungskrise.

Am Sonntag findet die Landeskongress der Vereinigten Sozialdemokratie statt, auf der über die Stellungnahme der Partei zu der Regierungskrise Beschuß gefaßt werden soll, und am Dienstag wird die Entscheidung im Landtag fallen. Die sozialdemokratische Landeskongress erwartet in diesem Zwischenakt stadium besonderes Interesse, weil sie von dem Gegensatz zwischen den Vereinigten Sozialdemokraten und den Kommunisten beherrscht sein wird. Kein äußerlich betrachtet scheint ja die Feindschaft sehr groß zu sein. Der „Vorwärts“ nennt das Vorgehen der Kommunisten einen „großen Unzug“, erklärt, daß sie seit langer Zeit im sächsischen Parlament die Rolle der Vorsatzen und Hanswürke spielen, und kommt zu dem gesetzten Schluss: „Die Kommunisten zeigen sich immer deutlicher als die Autoreiter für die antirepublikanischen Tendenzen. Deshalb gehören sie in eine Linie mit den stillen und offenen Faschisten, und müssen von den Arbeitern mit derselben Energie bekämpft werden, wie diese“. Nimmt man hierzu die saftigen Ergüsse, die sonst in der sächsischen sozialistischen Presse über das Verhalten der Kommunisten geslossen sind, und rast man sich ins Gedächtnis zurück, wie scharflos der Minister Lipinski sie in seiner Kammererede behandelt hat — er bedauerte u. a., daß die Leipzigser Gesinnungsgenossen dem kommunistischen Parteitag Gastfreundschaft gewährt hätten —, so sollte man eigentlich meinen, daß normalerweise das Tischtuch zwischen den beiden Gruppen für immer auseinander sein müsse. Wäre es der überwiegenden Mehrheit der Vereinigten Sozialdemokratie wirklich scharfantiger Ernst mit dem Kampf bis auf Weißer gegen den kommunistischen Verführungswahn, dessen Weißheit ist, daß „alles verrungen wird“ müssen muß, was könnten die Vereinigten Sozialisten dann Besseres tun, als sich mit den bürgerlichen Parteien zu einer zielbewußten Politik auf dieser Plattform zusammenzufinden? Das wäre ein starker einigermaßen allgemein machbarer Vorschlag, der schon manche Belohnungsprobe vertragen könnte. Das ganze Verhältnis der Vereinigten Sozialdemokratie zu den Kommunisten ist aber so geartet, daß die innere feindselige Einstellung der ehemaligen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen keineswegs als so scharf ablehnend bewertet werden darf, wie es die impulsiven Aufwallungen sornigen Unmutes, die gelegentlich hervorbrechen, im ersten Augenblick vermuten lassen. Wenn die Kommunisten in ihrer unwürdigen Ungehoblichkeit, die von keines realpolitischen oder taktilen Gedankens Blöße je angekränkt wird, einmal gar zu rücksichtslos die sozialdemokratischen Kreise überwinden, dann legen sich die sozialistischen Vertreter allerdings in ihrer Kritik keinen Zwang auf, sondern kennzeichnen das kommunistische Gebaren mit Nedwendungen, deren Dureitheit alles weit in den Schatten stellt, was auf bürgerlicher Seite über den Kommunismus und seine Kämpfer je gesagt und geschrieben worden ist. Im Grunde ihres Herzens aber betrachten die Vereinigten Sozialdemokratien die Kommunisten doch immer als „verirrte Schafe“, die zu der großen Herde zurückgeführt werden müssen, damit die sozialistische Einheitsfront verwirklicht und mit ihr der Kampf gegen das Bürgertum auf der ganzen Linie eröffnet werden kann. Aus dieser Grundausbildung herauft ist es zu erklären, warum die Sozialdemokratie trotz aller theoretischen Verurteilung des Kommunismus sich nie dazu ausschwingen kann, in der Praxis jede Gemeinde mit ihm glatt zu verleugnen. Es wird interessant sein, zu beobachten, in welcher Weise sich auf der sozialistischen Landeskongress dieses antipolitische Empfinden gegenüber den Kommunisten aufdrängt, wie man sich drehen und winden wird, um den schmalen Steg zu finden, der zu der noidegedrungenen Anerkennung des bei hartnäckigem Versagen der Kommunisten einzige noch verbleibenden Ausweges aus der Krise, der Aufnahme bürgerlicher Mitglieder in die Regierung, hinüberzuführen.

Darüber ist kein Zweifel möglich, daß die Zustimmung der Vereinigten Sozialdemokratie zur Zusammenarbeit mit bürgerlichen Elementen auf jeden Fall nur mit dem größten inneren Widerstreben erzielt werden wird. Das geht klar aus einer Befragung hervor, die der Minister Hellisch, der Führer der Chemnitzer Richtung, bei einer früheren Gelegenheit über die Koalitionsfrage angestellt hat. Er ging davon aus, daß von den Kommunisten die Unterstützung einer realisierbaren sozialistischen Politik aus absehbare Zeit nicht zu erhoffen sei, und stellte deshalb für die Sozialdemokratie die Notwendigkeit fest, da sie nicht im Besitz einer sicherer Mehrheit sei, mit einer „annehmbar“ bürgerlichen Partei zusammenzugehen. Als „annehmbar“ Partei für die Sozialdemokratie aber könnten nur die Demokraten in Betracht kommen, diese insofern, weil sie ebenfalls „unförmige Kantonisten“ seien, und nur als „das kleinere Uebel“. Diese Auslassungen sind bezeichnend für den Geist, der die Vereinigte Sozialdemokratie in der Koalitionsfrage beherrscht. In demselben Augenblick, wo die